

**POLITISCHES POSITIONSPAPIER**

Die Transformation der Berliner Industrie als Chance begreifen

Eine prosperierende Industrie regt das Wachstum der gesamten Wirtschaft an: Ein Industrie-Arbeitsplatz schafft weitere zwei Arbeitsplätze im Dienstleistungsgewerbe, dem Handwerk oder bei Zuliefererbetrieben. Ferner trägt die Branche fast im Alleingang die Kosten für private Forschung und Entwicklung und ist weit mehr als nur ein Wirtschaftszweig - sie ist ein Schlüsselakteur der Transformation Berlins zu einer modernen und nachhaltigen Weltmetropole. Dennoch ist eine aktive und ressortübergreifende Industriepolitik in Berlin noch immer keine Selbstverständlichkeit. Der Senat muss der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schlüsselrolle der Berliner Industrie stärker Rechnung tragen und durch attraktive Rahmenbedingungen die Entfaltung der großen Potentiale ihrer Neuausrichtung ermöglichen.

Berliner Industrie im Überblick

- Betriebe: 7521
- Beschäftigte: 109.5001
- Umsatz: 37 Mrd. € (Betriebe ab 20 Beschäftigten)¹
- Auslandsumsatz: 17,7 Mrd. € (Betriebe ab 20 Beschäftigten)¹
- Exportquote: 47,8 %¹
- Bruttowertschöpfung: 9,3 Mrd. €
6,3% der Berliner Wirtschaftsleistung²
- Wichtigstes Exportland: USA²
- Beschäftigungsstärkster Industriezweig: Hersteller elektrischer Ausrüstungen²
- Umsatzstärkster Industriezweig: Hersteller pharmazeutischer Produkte²

¹ Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Zahlen für 2023

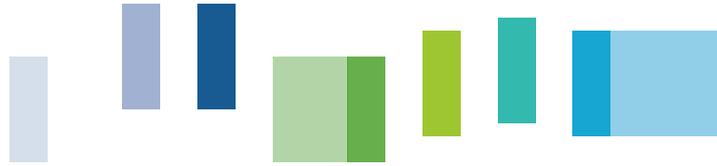
² Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe Zahlen für 2021

Mehr Wertschätzung für Wertschöpfung zeigen, Vorurteile und Ängste abbauen

Zum einen hat die Industrie mit überholten Vorurteilen zu kämpfen, zum anderen gibt es Vorbehalte bzgl. des Einsatzes von neuen (digitalen) Technologien. Dabei wird häufig übersehen, dass die Berliner Industrie entlang der gesamten Wertschöpfungskette durch Ausbildung, Arbeitsplätze, Außenhandel und Steueraufkommen überproportional den Wohlstand der Region mehrt. Darüber hinaus ist das produzierende Gewerbe führend bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung und entscheidender Treiber der nachhaltigen Transformation der Wirtschaft. Dieser Stellenwert muss in der Gesellschaft sichtbar werden. Dafür bedarf es einer **aktiven und öffentlichkeitswirksamen Aufklärungsarbeit**, welche darüber hinaus auf ein neues Image der Industrie als grün, regional und innovativ einzahlt.

Überholtes transformieren und gleichzeitig ganz neue Wege ermöglichen

Bei der Transformation der Berliner Industrie geht es zum einen darum, den Wandel bei überholten Geschäftsmodellen und Produktionsprozessen im Sinne einer sozial und ökologisch nachhaltigeren Wirtschaftsweise zu vollziehen. Zum anderen



muss die Ermöglichung gänzlich neuer Wege Teil dieser Transformation sein. Um erneute Pfadabhängigkeiten zu vermeiden, braucht es **Rahmenbedingungen**, welche die **Entwicklung und Anwendung disruptiver Innovationen** begünstigen und das **Ausschöpfen von Potentialen gegenwärtiger und zukünftiger Megatrends** gewährleisten. Strategisches Ziel muss es sein, den Industriestandort Berlin nicht nur auf Augenhöhe mit dem internationalen Wettbewerb zu halten, sondern **auf einzelnen Hochpotentialfeldern zum Vorreiter zu machen**. Durch sein florierendes Start-up-Ökosystem und die exzellente Hochschullandschaft hat Berlin hierfür hervorragende Voraussetzungen, insbesondere im Deep-Tech-Bereich.

Exportstärke der Industrie nutzen und mehren

Die Berliner Industrieunternehmen erzielen einen großen Teil ihres Umsatzes im Ausland und dieser globale Vertrieb von Innovationen „made in Berlin“ zahlt auf das Image des Industrie- und Innovationsstandorts Berlin ein. Gerade KMU bietet die Internationalisierung neue Chancen zum Wachsen, welche auch schon vielfach genutzt werden. **Diese Bemühungen zur Internationalisierung** sollten noch **stärker politisch flankiert und KMU beim Erwerb der dafür benötigten Kompetenzen unterstützt** werden. Und dies nicht nur in Bezug auf die stärksten Zielmärkte, sondern auch hinsichtlich weniger erschlossener, aber aussichtsreicher Märkte. Hierfür bedarf es einer **Neujustierung** des seit 2017 geltenden **Konzepts Internationale Wirtschaftskooperation Berlin (KIW)** hinsichtlich seiner Zielmarktsystematik und Handlungsfelder.

Industrie Platz zum Wachsen geben

Eine der Schlüsselanforderungen für die Expansion und Ansiedlung von produzierendem Gewerbe und Zulieferern in Berlin ist die **Verfügbarkeit von ausreichendem, bedarfsgerechtem und bezahlbarem Gewerbeflächen**. Dieser muss optimal an die benötigte Infrastruktur (bspw. Energie, Wärme, Wasser, Verkehr, Datennetze) angeschlossen sein. Hierfür bedarf es eines **verlässlichen Fahrplans**, der die Ausweisung neuer und die konsequente Sicherung verbliebener gewerblicher Bauflächen enthält. Darüber hinaus bedarf es einer **beschleunigten Vergabe** landeseigener Flächen, die **Schaffung landeseigener Gewerbehöfe**, stärkere **Förderung der Verdichtung im Bestand** und die **Erprobung und Verstetigung von innovativen Ansätzen für Nutzungsmischungen**, welche die Industrie nicht benachteiligen. Unternehmensnetzwerke, welche gemeinschaftlich am Ziel der Sicherung und Entwicklung ihres Standorts arbeiten, sollten stärker gefördert und ihre Expertise für andere Standorte nutzbar gemacht werden.

Bürokratie endlich wirksam abbauen und vermeiden

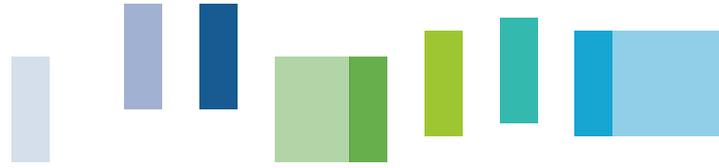
Insbesondere für die mittelständische Industrie ist die starke Regulierung durch die Europäische Union und den Bund eine Belastung, welche sie in ihrer Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft einschränkt. Umso mehr muss das Land Berlin dafür Sorge tragen, die **rahmensetzenden Ziele und Instrumente nicht noch zu verschärfen** sowie einen **Entbürokratisierungsprozess** im eigenen Wirkungsbereich starten. Dieser bietet, von der Beschleunigung von Genehmigungsverfahren über den Abbau von Melde- und Informationspflichten, Maßnahmen zur Förderung der Digitalisierung sowie zur Vereinfachung und -beschleunigung bis zur Streichung einzelner überflüssiger Vorschriften, einen großen Handlungsspielraum.

F&E sowie Transfer KMU-gerecht unterstützen

Bei Forschungs- und Entwicklungsprojekten von kleinen und mittleren Industrieunternehmen, welche **disruptive Innovationen** erwarten lassen, müssen die tendenziell **längeren Zeiten und höheren Kosten** besonders berücksichtigt werden. Die Rahmenbedingungen für die Finanzierung dieser Projekte muss verbessert werden und, wo nötig, offen gestaltete und mit ausreichend Mitteln ausgestattete Förderprogramme zur Verfügung stehen. Diese müssen sich durch eine niedrigschwellige, digitale Antragstellung, eine zügige Antragsbearbeitung und nur unbedingt notwendigen Berichtspflichten während und nach der Programmlaufzeit auszeichnen. Auch beim Technologietransfer aus der Wissenschaft in die Wirtschaft gilt es die besonderen Bedarfe von KMU stärker zu berücksichtigen. Hier können beispielsweise **KMU-Büros als Schnittstelle** zwischen Hochschulen und Unternehmen dienen und **Transferprojekte zwischen Forschungseinrichtungen und KMU-Verbänden finanziell sowie organisatorisch stärker gefördert** werden. Insbesondere kleine und mittlere Industrieunternehmen haben begrenzte Ressourcen, um der vorhandenen Innovationskraft Durchschlagskraft zu verleihen.

Die Branche bei Digitalisierung und Cybersicherheit stärker unterstützen

Der schnelle Fortschritt bei Künstlicher Intelligenz (KI) durchdringt immer stärker die Geschäfts- und Produktionsprozesse von Industrieunternehmen. Damit einher gehen große Chancen und Effizienzgewinne, zugleich jedoch auch große Unsicherheit im Umgang mit der neuen Technologie. Insbesondere KMU benötigen daher **flankierende finanzielle Unterstützung**, um sich auf das Investitionsrisiko und Innovationen einzulassen. Gleichzeitig hat die Bedrohungs- und Cyberlage im letzten Jahren signifikant zugenommen und



gefährdet Unternehmen aller Größen und Sektoren. Auch hier bedarf es **zielgerichteter Unterstützung in Form von Beratungsangeboten und Förderung**, damit Unternehmen mit den dynamischen Herausforderungen schritthalten können. Auf dem Papier hat Berlin mit der Digitalagentur seit 2020 eine zentrale Anlaufstelle für diese und weitere Digitalfragen. Ihre Unterstützungsangebote müssen aber auch **zielgerichtet bei den Unternehmen ankommen und wahrgenommen** werden.

Digitale Infrastruktur und Datenverfügbarkeit verbessern und zum Innovationsbeschleuniger machen

Leistungsfähige Netze, nachhaltige und resiliente Rechenzentren sowie **moderne Dateninfrastruktur und gemeinsame Datennutzungsmodelle** für Start-ups, Forschungsinstitutionen und KMU sind Grundvoraussetzung für die Weiterentwicklung der Berliner Industrie. Hier müssen im engen Austausch mit Brandenburg nicht nur vorhandene Lücken geschlossen, sondern der künftige Bedarf beim Ausbau antizipiert werden. Dazu gehört die **Entwicklung von Industrieparks der Zukunft**, welche die gemeinsame Nutzung bspw. von Rechenzentren, Hardware und Abwärme in den Mittelpunkt stellen. Ferner muss die Verfügbarkeit von Daten durch bessere und breit angelegte **Open-Data-Angebote** gestärkt und **Anreize zur Verfügbarmachung und zum Austausch** gesetzt werden. Alle potenziell relevanten Daten müssen so ausgerichtet werden, dass eine Überführung auf die angekündigte zentrale Plattform (DataHub) möglich ist. Ziel muss es sein, die Daten jenseits von Insellösungen in einem **zentralen Digitalen Zwilling von Berlin** zu veranschaulichen und zugänglich zu machen

Ökosysteme strategisch verzahnen

Die Berliner Ökosysteme rund um die Themen Industrie 4.0, KI, Internet of Things und Additive Fertigung müssen strategisch noch besser verzahnt und die Nutzungspotenziale bestmöglich für die Industrie erschlossen und in Anwendung gebracht werden. Das globale Innovationsgeschehen ist schnelllebig und die Grenzen zwischen Technologien häufig fließend. Daher müssen **Trends und Potenziale frühzeitig identifiziert** und das **Berliner Innovationsökosystems als Ganzes gedacht** und entsprechend ausgerichtet werden. Bei der anstehenden Überarbeitung der Gemeinsamen Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg (innoBB) müssen **führende Köpfe aus Wirtschaft und Wissenschaft** in strategisch wichtigen Technologiefeldern von der Politik konsultiert werden, zum Beispiel in Form eines **Technologiesymposiums**. Ein solches Symposium könnte dann jährlich ausgerichtet werden, um eine **flexible Anpassung der Strategie** zu gewährleisten.

Spielraum für Innovationen schaffen

Reallabore und Experimentierklauseln sind ein **Katalysator für die Transformation** der Industrie. Sie ermöglichen die zügige und sichere Anwendung von Technologien, die allgemein noch nicht zugelassen sind sowie das darauffolgende Setzen eines passgenauen rechtlichen Rahmens. Dies beschleunigt den Transfer von Innovationen in die Praxis und die Skalierung der entwickelten Lösungen. Die **Erkenntnisse aus der Pilotphase des Förderprogramms für Reallabore** müssen nun zügig ausgewertet und die durch das angekündigte Reallabore-Gesetz der Bundesregierung entstehenden **Handlungsspielräume in Berlin voll ausgeschöpft** werden.

Über alle Tellerränder hinausblicken

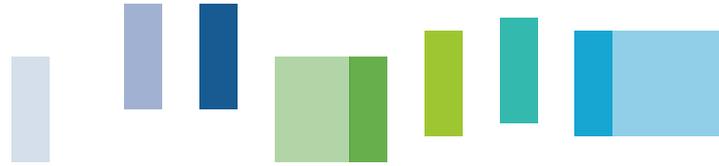
Die immensen Anforderungen an eine Industrie der Zukunft lassen sich nur gemeinsam lösen. Auf allen Ebenen muss daher eine **Gegeneinander- einer Miteinander-Mentalität weichen**. Der Austausch und die **Kooperation von KMU und Startups** muss durch regelmäßige Vernetzungsformate befördert und Anreize geschaffen werden, im Rahmen von Pilotprojekten zu kooperieren. Auf **internationaler Ebene** ermöglichen Kooperationen sowohl für die Wirtschaft als auch Politik und Verwaltung Erkenntnisgewinne für beide Seiten und bieten Chancen für eine schnellere Diffusion der entwickelten Lösungen. Insbesondere mit Innovationshotspots unter den Berliner Partnerstädten in Ländern mit stabilen Rahmenbedingungen müssen **Kooperationen intensiviert werden**. Kombiniert mit **aktivem Standortmarketing** kann die Berliner Industrie hierdurch als Marke etabliert werden, die für Nachhaltigkeit und Entwicklung sowie Einsatz von Zukunftstechnologien steht.

Voraussetzungen für Nachhaltigkeit in der Industrie schaffen

Eine zirkuläre Wirtschaft ist nicht nur ökologisch sinnvoll, sie macht Unternehmen darüber hinaus resilienter und wettbewerbsfähiger. Die Politik muss hier zum einen **Anreize und Förderung** zur Verfügung stellen, um die Erforschung und Anwendung kreislaufwirtschaftlicher Lösungen voranzutreiben. Zum anderen muss **Regulierung in Kooperation mit der Wirtschaft effizient und technologieoffen gestaltet** werden, um Unternehmen Innovationen und die wirksame Umgestaltung ihrer Prozesse zu ermöglichen.

Bestehende Infrastrukturen für Wasserstoff und Wärme nutzen, fehlende ausbauen

Der verlässliche **Zugang zu bezahlbarer, nachhaltiger Energie ist Grundvoraussetzung** für das Fortbestehen des produzierenden Gewerbes in Berlin. Der Nutzung von CO₂-neutralem



Wasserstoff sowie Ab- und Umweltwärme wird dabei im Rahmen der Energiewende eine Schlüsselrolle zukommen. Die hierfür fehlende Infrastrukturanbindung stellt eines der größten Hindernisse bei den Transformationsbemühungen der Unternehmen dar. Perspektivisch sollte für den Transport und die Speicherung von Wasserstoff möglichst auf die **bestehende Gas-Netzinfrastruktur zurückgegriffen bzw. diese weiterentwickelt** werden. Eine **direkte Anbindung Berlins an die geplanten Wasserstofftrassen** ist dabei entscheidend. Zudem bietet die Rekommunalisierung des Fernwärmenetzes neue Steuerungsmöglichkeiten zu dessen Transformation. In jedem Fall muss darauf hingearbeitet werden, dass durch die **Kombination aller Netzinfrastrukturen** Synergien gehoben werden, von denen die Berliner Industrie profitiert.

MINT muss Schule machen

Die ökonomische Bildung in der Schule muss insgesamt gestärkt werden, zum Beispiel durch eine **bessere Lehrkräfteausbildung, Unterrichtsverpflichtung für das Schulfach Wirtschaft-Arbeit-Technik (WAT)** und eine entsprechende Anpassung des Curriculums. Im Fach WAT sollte frühzeitig vermittelt werden, dass es im MINT-Bereich unter anderem in der Industrie innovative und spannende Berufsfelder gibt, welche hervorragende Karrierechancen für Schülerinnen und Schüler ermöglichen. Hierfür bedarf es einer **verbindlichen Berufsorientierung an allen Schulen**, welche durch die Berliner Industrie mit Angeboten für Praktika und Blicke hinter die Kulissen unterstützt wird, beispielsweise im Rahmen eines obligatorischen Industrietags. So kann schon frühzeitig dafür Sorge getragen werden, dass sich der MINT-Fachkräftemangel in der Branche auch mittel- und langfristig eindämmen lässt.

Ausbildung flexibel und bedarfsgerecht gestalten

Der sich beschleunigende technologische und digitale Wandel stellt große Herausforderungen an die Ausbildung der Industriefachkräfte von morgen. In enger Kooperation zwischen Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen muss der curriculare Rahmen so gestaltet sein, dass er sich möglichst **flexibel an die in den Unternehmen benötigten Fähigkeiten anpassen** kann. Gleiches gilt für die Berliner Hochschulen in Bezug auf ihre Studienangebote. Darüber hinaus sollte hier eine Studie des Landes Motivationen und Anreize der Studierenden für einen Verbleib in bzw. eine Abwanderung aus Berlin erheben und daraus **Maßnahmen ableiten, welche die Talente am Standort halten**.

Weiterbildung als zentralen Faktor begreifen und ungenutzte Potenziale endlich nutzen

Die Transformation der Industrie kann nur durch eine **fortlaufende Qualifizierung der Beschäftigten** gelingen. Das Land Berlin muss **aktiv zu den Möglichkeiten der beruflichen Weiterbildung informieren** und auf die inhaltliche und strukturelle **Ausrichtung von Weiterbildungsprogrammen Einfluss nehmen**. Der Erwerb von in der Industrie benötigten Fähigkeiten bspw. im Bereich IT und KI muss im Sinne eines lebenslangen Lernens während der gesamten Berufsbiografie ermöglicht werden. Gleiches gilt für die Fortbildung von Arbeitssuchenden mit oder ohne Berufsabschluss. Diese werden schon heute durch die Berliner Agenturen für Arbeit mit den Programmen „Fachkraft Optik“ und „Fachkraft Elektronikfertigung“ gemeinsam mit dem Bildungswerk der Wirtschaft erfolgreich für eine Tätigkeit in der Industrie qualifiziert. Diese **Fortbildungen mit speziellem Zuschnitt sollten für weitere Industriebranchen erprobt und etabliert** werden.

Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur erhalten und ergänzen

Industrieproduktion bedingt Verkehr und ist ohne die Zulieferung von Material und die Auslieferung von Produkten nicht vorstellbar. So gehört etwa jedes dritte Fahrzeug auf dem Berliner Straßennetz zum Wirtschaftsverkehr. Im Gegensatz zu Freizeit- und Pendelverkehr kann dieser kaum auf den Umweltverbund verlagert werden. Mehr noch: Der Güterverkehr benötigt ausreichend dimensionierte Straßenräume, belastbare Brücken und Tunnel sowie Logistikflächen für den Güterumschlag. Nach Jahrzehnten mangelnder Investitionen sind viele Autobahnabschnitte, Brücken und auch Leitungsinfrastruktur sanierungsbedürftig, belasten Baustellen, Einschränkungen, Sperrungen und Lastbeschränkungen die Berliner Industrielogistik. Dazu kommen der fußgänger- und radverkehrsfreundliche Umbau des Straßennetzes, Mobilitätswende und Verkehrsberuhigung. Damit all das den Produktionsstandort Berlin nicht abwürgt, gilt es nun, **Straßen- und Leitungsnetze zu sanieren und zu ergänzen, die Baustellen und Umleitungsverkehre zu koordinieren** und zudem das **Schiene- und Wasserstraßennetz so zu ertüchtigen**, dass Gütermengen auf sie verlagert werden können.

Handlungsempfehlungen im Überblick

- Aktiv die Bedeutung und neues Image (grün, regional und innovativ) der Industrie kommunizieren
- Berlin auf Hochpotentialfeldern zum Vorreiter machen und Rahmenbedingungen für Disruptive Innovationen verbessern
- Konzept Internationale Wirtschaftskooperation Berlin (KIW) neujustieren und Kooperationen mit innovativen Partnerstädten intensivieren
- Vergabe landeseigener Flächen beschleunigen, landeseigene Gewerbehöfe schaffen, und innovative Ansätze für Nutzungs-mischungen erproben
- Anreize und Förderung für Erforschung und Anwendung kreislaufwirtschaftlicher Lösungen zur Verfügung stellen
- Infrastrukturen für Wasserstoff und Wärme ausbauen und Netzinfrastrukturen sinnvoll kombinieren
- Entbürokratisierungsprozess im eigenen Wirkungsbereich starten
- Digitalagentur als zentrale Anlaufstelle für Digitalfragen sichtbar machen
- DataHub und Digitalen Zwilling umsetzen
- Wirtschaft und Wissenschaft in die Überarbeitung der innoBB einbeziehen
- Handlungsspielräume für Reallabore und Experimentierklauseln nutzen
- Schule, Aus- und Weiterbildung besser und flexibler an die Bedarfe der Industrie anpassen
- Straßen- und Leitungsnetze sanieren und ergänzen, Schienen- und Wasserstraßennetz ertüchtigen

Ziele für die nachhaltige Entwicklung

Die vorliegende Position nimmt Bezug auf die folgenden Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen:



Hintergrund Positionspapier



Die IHK Berlin bezieht Aspekte nachhaltiger Entwicklung explizit und transparent in die Vertretung des Gesamtinteresses der Berliner Wirtschaft ein. Die vorliegende Position spiegelt das differenzierte Meinungsbild der Berliner Wirtschaft samt Mehrheits- und Minderheitenmeinungen wider. Sie ist Ergebnis einer breit angelegten Konsultation der IHK-Mitgliedsunternehmen und anschließender Legitimierung durch die IHK-Vollversammlung. Externe Akteure wurden zu sozialen, ökologischen und ökonomischen Dimensionen von Nachhaltigkeit einbezogen und gehört.

ANSPRECHPARTNER 

Tim Schneider

Telefon: +49 30 31510-530

E-Mail: tim.schneider@berlin.ihk.de